

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 4 • 70. JG, NOVEMBER 2016

SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2016 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Im Interview:

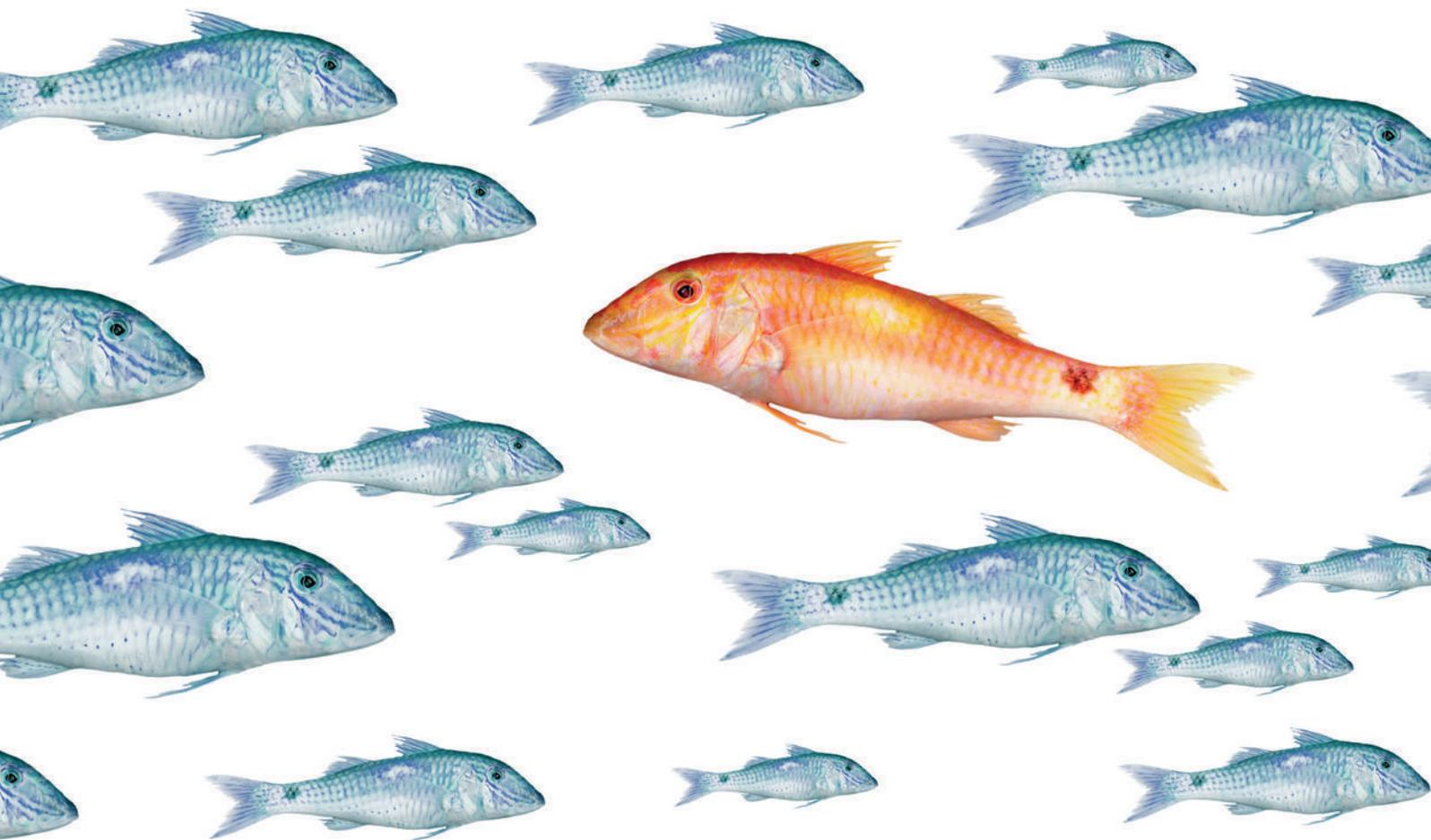
Bundeskanzler
Christian Kern zu EU
und Sozialdemokratie

Seite 4

Verteilung:

Erben bringt
mehr als arbeiten

Seite 10



EU braucht Abkehr von der Sparpolitik

Alles aus einer Hand:
**Förderung, Finanzierung
und Versicherung**

VOM TRAUM ZUM WOHN- RAUM

FIXE
Zinsen für
20 Jahre
sichern!

Unsere Wohnbauexperten zeigen Ihnen wie Sie Ihre Pläne
wunschgemäß unter Dach und Fach bringen.

Tel. 0732 / 76 39 DW 54452, vertrieb@hypo-ooe.at

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Wir schaffen mehr Wert.

Entgeltliche Einschaltung

WIR SIND
da, wo Sie
DAHEIM
sind.
SEIT **125** JAHREN

Siegfried Keplinger
Tischlermeister
St. Martin im Mühlkreis

Holz vom Nachbarn. Mein Strom von der Energie AG.

Erfolg durch regionale Stärke. Die Tischlerei Keplinger ist als erfolgreiches, heimisches Unternehmen fest in der Region verankert. So fest wie die Energie AG, die als zuverlässiger Partner für sauberen und sicheren Strom in unserem Land sorgt. Mehr über die Energie AG erfahren Sie unter www.energieag.at

ENERGIE AG
Oberösterreich
Wir denken an morgen

 [.com/wirdenkenanmorgen](https://www.facebook.com/wirdenkenanmorgen)

Für ein anderes Europa!

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Europa begleitet den Bildungskurier seit mehr als zwei Jahrzehnten. Richtiger müsste es wohl heißen, dass der Bildungskurier die Entwicklung der Europäischen Union seit mehr als 20 Jahren erklärt, kommentiert und kritisiert.

Daher ist es wohl keine Überraschung, dass in diesem Heft die EU den inhaltlichen Schwerpunkt der redaktionellen Arbeit darstellt. Die Europäische Union steckt in einer multiplen Krise: Die Folgen der Weltwirtschaftskrise wurden durch die Sparpolitik nicht nachhaltig und nicht ausreichend überwunden. Die Auswirkungen der großen Fluchtbewegungen wurden auf europäischer Ebene nicht gemeistert. Der britische Brexit signalisiert einen drastischen Verlust der Integrationskräfte des europäischen Einigungsprozesses. Und diese Liste der Krisen ließe sich weiter fortsetzen.

Die europäischen Rechtspopulisten sahen die EU immer kritisch, sie wollten und wollen maximal kooperierende Nationalstaaten. Aber auch von manchen Vertretern der politischen Linken kommt die Forderung nach einem

Zurückdrängen der Europäischen Union. Der Gedanke dahinter ist, dass die Europäische Union (die Kommission und ihre Bürokratie) die Länder Europas auf einen neoliberalen Kurs zwingen würde – die Nationalstaaten hätten dagegen mehr Spielraum für soziale und demokratische Alternativen.

Zwei Argumente kann und muss man diesen Überlegungen entgegenhalten. Erstens hat zum Beispiel die deutsche Regierung die EU auf den fatalen Sparkurs gezwungen. Und es waren nationale Regierungen, die nicht bereit waren, Menschen auf der Flucht in ihren Ländern aufzunehmen. Auch der drastische Sozialabbau der vergangenen Jahre in Großbritannien war keine Erfindung der EU, dieser wurde in London beschlossen. Zweitens würde ein Wiedererstarken der Bedeutung von Nationalstaaten auch das Konfliktpotenzial zwischen den Staaten in Europa wieder erhöhen. Mit allen fatalen Folgen, die das mit sich bringen kann.

Es geht nicht um weniger Europa, es geht um ein anderes Europa!

„Es geht nicht um weniger Europa, es geht um ein anderes Europa!“

Inhalt

- 4 **Interview:** Bundeskanzler Christian Kern zu den aktuellen Herausforderungen für Europa.

- 6 **PEŠ:** Josef Zehetner sieht europäische SozialdemokratInnen erfolgreich im Netzwerk.

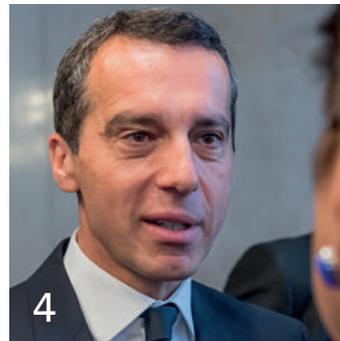
- 8 **Sparpolitik:** Klaus Baumgartner und Georg Hubmann über eine notwendige Kehrtwende in der europäischen Politik.

- 9 **Jugend:** Dennis Tamesberger geht der hohen Jugendarbeitslosigkeit auf den Grund.

- 10 **Gerechtigkeit:** Miriam Rehm und Matthias Schnetzer über ungerechte Einkommensverteilung.

- 11 Warum nicht die Flüchtlinge Schuld sind am zunehmenden Sozialabbau beschreiben Judith Vorbach und Dennis Tamesberger.

- 12 Josef Weidenholzer über die Verleihung des Sacharow-Preises an zwei jesidische Frauen.



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut-ooe.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Michael Lindner, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch • **Hersteller:** Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 04/16, November, SPÖ 00-Info-Nr. 4/2016, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



klimaneutral gedruckt

CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

„Die großen Fragen müssen auf europäischer Ebene gelöst werden“

Über die Herausforderungen, die von der Europäischen Union dringend gemeistert werden sollten, sprach der Bildungskurier mit Bundeskanzler Christian Kern.

Bildungskurier: In Großbritannien hat eine knappe Mehrheit für den Brexit, den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt und auch in den anderen Mitgliedsstaaten schwindet die Zustimmung zur EU. Erleben wir den Anfang vom Ende der Europäischen Union?

Christian Kern: Der Brexit ist bedauerlich, aber sicher nicht das Ende der EU. Großbritannien ist ein wichtiger europäischer Staat und natürlich wird sein Ausscheiden wirtschaftliche und politische Folgen haben, die in erster Linie Großbritannien treffen in zweiter Linie auch die EU. Aber die EU steht vor anderen riesigen Herausforderungen und wenn sie diese nicht bewältigt, könnte es schon zu Zerfallerscheinungen kommen. Meiner Meinung nach sind die Arbeitslosigkeit, die Asyl- und Migrationsfrage und die Digitalisierung die Probleme, die die EU lösen muss, um nicht in eine Negativspirale hineinzugeraten.

Bildungskurier: Wenn die EU nicht in der Lage ist, zentrale Probleme angemessen zu lösen, sollen dann in Zukunft diese Themen wieder auf Ebene der Nationalstaaten gelöst werden?

Christian Kern: Man kann bei der Verteilung der Zuständigkeiten immer nachjustieren, das ist in Österreich zwischen Bund und Ländern auch so. Aber die großen Fragen müssen auf europäischer Ebene gelöst werden, weil es nur dort gelingen kann. Ein Rückfall in nationale Lösungen wäre sehr gefährlich. Nehmen wir das Asyl- und Migrationsthema. Angesichts der Ereignisse letztes Jahr, als plötzlich Hunderttausende nach Europa strömten, hat sich gezeigt, dass wir akut keine europäische Lösung zu Stande bringen. Als Konsequenz haben viele Länder, auch wir in Österreich, wieder Grenzkontrollen eingeführt. Wir bauen Zäune und Kontrollposten und brauchen plötzlich wieder einen Pass, um uns in der EU bewegen zu können. Das heißt, überall,

wo die EU nicht funktioniert, haben wir 28 unterschiedliche Lösungen, 28 verschiedene Gesetze, 28 Kontrollen dieser Gesetze und 28 Beschränkungen für alle, die etwas mit dem Rest Europas zu tun haben. Und mit dem Rest Europas haben wir alle täglich zu tun, auch wenn wir es nicht immer wahrnehmen.

Das heißt, die Rückverlagerung auf nationale Ebene schafft oft mehr Probleme als sie löst. Umgekehrt denke ich, dass nicht für jede Kleinigkeit eine EU-Verordnung her muss. Da gibt es einigen Unsinn, der vielleicht gar nicht geregelt sein müsste, weder von der EU noch von den Mitgliedstaaten.

Bildungskurier: Wenn die derzeitige Performance der EU entscheidende Probleme nicht löst und auch die Nationalstaaten alleine dies nicht wirklich bewerkstelligen können, was muss sich in der Europäischen Union ändern, dass sie wieder positive Perspektiven vermitteln kann?

Christian Kern: Es gibt Beispiele, wo die EU recht eindrucksvoll funktioniert hat. Etwa beim Klimaschutz, wo Europa die treibende Kraft hinter dem Pariser Klimaabkommen war. Oder bei der Bankenrettung, wo die EU sehr schnell reagiert hat und den Zusammenbruch des europäischen und globalen Finanzsystems gerade noch verhindert hat. Die Finanzkrise hat aber zu einer Krise der Realwirtschaft geführt, die wir noch immer nicht überwunden haben. Daher auch die weiterhin skandalös hohe Arbeitslosigkeit in Europa. In manchen Ländern ist jeder zweite Jugendliche arbeitslos, im europäischen Schnitt jeder fünfte. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Daher müssen wir die Investitionen ankurbeln, wir brauchen eine Bildungsoffensive in Europa, wir müssen unsere Infrastruktur auf Vordermann bringen, um von der Digitalisierung zu profitieren. Da kann die EU überall einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es den politischen Willen dafür gibt.

IM INTERVIEW

**Christian Kern:**

Ist seit Mai 2016 Bundeskanzler Österreichs und seit Juni 2016 SPÖ Parteivorsitzender.

Bildungskurier: Neben dem Umstand, dass es keine europäische Lösung für Menschen auf der Flucht gibt, ist insbesondere die wirtschaftliche Situation in Europa nach wie vor schwierig: Die vereinbarte Sparpolitik erstickt die ökonomische Erholung. Was kann getan werden, damit es zu einem Umdenken in der EU und in wesentlichen Mitgliedsstaaten kommt?

Christian Kern: Wir haben hier tatsächlich ein politisches Problem. Die Antwort der konservativen und neoliberalen Mehr-

„Aus der Krise der Finanzwirtschaft wurde eine Krise der nationalen Budgets gemacht.“

heit in der EU auf die Finanzkrise war die Sparpolitik. Aus der Krise der Finanzwirtschaft wurde eine Krise der nationalen

Budgets gemacht und um die zu lösen, wurde Sparen verordnet. Nur um das gleich vorwegzuschicken: Ich finde auch, dass wir mit Steuergeld sorgsam umgehen müssen und dass wir uns nicht leichtsinnig verschulden dürfen. Wenn dann aber wichtige Investitionen ausbleiben, um irgendwelchen Sparzielen nachzulaufen, wenn wir nicht mehr die Impulse setzen können, die unsere Wirtschaft braucht um wieder zu wachsen, weil sonst die Budgetwächter aus Brüssel kommen, dann läuft da etwas falsch. Inzwischen findet man nicht mehr viele Wirtschaftswissenschaftler, die am Spardogma festhalten, die EU-Politik ist aber noch darauf aufgebaut. Wir haben hier in der EU ein paar Verbündete, auch unter konservativen Regierungschefs, um vernünftige Investitionen in Infrastruktur, in Digitalisierung etc. von der Verschuldungsgrenze auszunehmen. Aber das ist selbst in Österreich eine schwierige Diskussion.

Bildungskurier: Nicht nur die EU insgesamt gibt ein unglückliches Bild ab, es ist auch keine europäische sozialdemokra-

tische Alternative erkennbar. Wie können die sozialdemokratischen Parteien zu einer politischen Kraft werden?

Christian Kern: Die europäische Sozialdemokratie konnte bei der Bewältigung der Finanzkrise nicht glaubhaft machen, dass wir die besseren Rezepte gehabt hätten. Dort wo diese Rezepte angewandt wurden, haben sie funktioniert, nämlich in den USA, wo Präsident Obama sich eine Ehrenmitgliedschaft in der SPÖ verdient hat. Das ist zwar schön für die USA und Präsident Obama, kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass wir in Europa noch viel vor uns haben und die Voraussetzungen denkbar schwierig sind. Denn die Sozialdemokratie hat mit zwei Phänomenen zu kämpfen: Das Bekenntnis der klassischen konservativen und christlich-sozialen Parteien rechts der Mitte zum europäischen Sozialstaat wird immer schwächer und rechtspopulistische Parteien wie die FPÖ, die AfD oder der Front National gehen mit ausländerfeindlichen Parolen auf Stimmenfang bei den traditionellen Wählern der Sozialdemo-

kratie. Dass die Ausländerhetze noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat, ist dabei unbedeutend.

Die Sozialdemokratie kann in Europa wieder gewinnen, wenn sie sich auf ihre Aufgabe als Kraft der Modernisierung besinnt. Die Konservativen und die Rechtspopulisten versprechen, uns in eine

„Die Sozialdemokratie kann in Europa wieder gewinnen, wenn sie sich auf ihre Aufgabe als Kraft der Modernisierung besinnt.“

angeblich unkomplizierte Vergangenheit zurückzuführen. Unser Versprechen muss sein, die Veränderung der Welt so zu gestalten, dass wir alle davon etwas haben, dass die Chancen allen offenstehen und die Risiken von einer solidarischen Gesellschaft abgedefert werden.



Die Arbeitslosigkeit, die Asyl- und Migrationsfrage und die Digitalisierung betrachtet Bundeskanzler Christian Kern als die größten Herausforderungen für die EU.

Die EU-Agenda mitbestimmen

Europa scheint manchmal weit weg zu sein, doch es gibt eine Reihe von Möglichkeiten sich einzubringen und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Eine Chance dafür bieten die PES-Activists in Linz und Oberösterreich.

JOSEF ZEHETNER

Die PES -Activists (AktivistInnen der Partei Europäischer SozialdemokratInnen) formierten sich zur Zeit der EU-Wahlen 2014, als Oberösterreich mit Joe Weidenholzer wieder einen sehr populären Kandidaten ins Rennen schicken konnte. Trotz der widrigen Vorzeichen des unsicheren, fünften Listenplatzes gelang es in Oberösterreich eine tolle Kampagne auf die Beine zu stellen. Mit wenig Budget und viel Engagement von FunktionärInnen

und AktivistInnen wurden die meisten Vorzugsstimmen eines Nicht-Spitzenkandidaten der SPÖ seit Josef Cap gesammelt.

Viele dieser UnterstützerInnen waren davor noch nicht in der SPÖ aktiv und auch unter den SPÖ-Mitgliedern, die sich im Wahlkampf engagierten, gab es viele, die gerne mehr zum Thema Europa machen wollten. Gemeinsam mit dem EU-Abgeordneten Joe Weidenholzer wurden deshalb 2015 die PES-Activists Ober-

DER AUTOR:

Josef Zehetner ist der Assistent von EU-Abgeordneten Josef Weidenholzer.



österreich/Linz gegründet. Seither trifft sich die Gruppe zirka einmal pro Monat und tritt auch öffentlich in Erscheinung.

Wer sind PES-Activists?

Die EU kämpft seit ihrer Gründung mit dem Problem, dass Europapolitik für die BürgerInnen nicht so (be)greifbar ist, wie die lokale Politik. Das hat vor mehr als 15 Jahren die Führung der europäischen Sozialdemokratie dazu bewegt, sich Gedanken zu machen, wie man die europäische Idee auch auf die lokale

AKTIV WERDEN

Wer bei den PES-Activists in Oberösterreich mitmachen möchte, kann sich über die Facebookseite der Gruppe anmelden. Zu den Treffen wird hauptsächlich über Facebook eingeladen und sie finden meistens im Mitmachzentrum der SPÖ Linz statt (M30, Museumsstraße 30). Joe Weidenholzer ist Ehrenpräsident der Gruppe, nimmt an den meisten Treffen teil und diskutiert mit den Mitgliedern über aktuelle europäische Themen. Anmeldung über die Facebookseite oder unter josef.zehetner@spoe.at.



Die europäische Politik näher zu bringen, haben sich die PES-Activists vorgenommen.

FOUNDATION FOR EUROPEAN PROGRESSIVE STUDIES (FEPS)

Ebene bringen kann. Mittlerweile gibt es die PES- Activists in ganz Europa. Koordiniert werden die einzelnen Gruppen von Brüssel aus, wo nicht nur die europäischen Institutionen, sondern auch die PES ihren Sitz hat. In Österreich gibt es mit Wien und Linz zwei starke und aktive Gruppen.

Was machen PES-Activists?

Die PES-Activists wollen eigene Themen mit europaweiten Kampagnen auf die Agenda der EU-Politik setzen. Vor allem Jugendarbeitslosigkeit und Themen, die junge Menschen beschäftigen, stehen im Zentrum der Kampagnentätigkeit; - also Themen, die von arrivierten PolitikerInnen oft übersehen werden und auch den BeamtenInnen der Kommission nicht so am Herzen liegen. Eine der sichtbarsten Kampagnen der vergangenen Jahre war die „Youth Guarantee“ die zum Ziel hatte, dass junge Menschen unter 25 entweder im Berufsleben stehen, in Ausbildung sind oder eine Bildungseinrichtung besuchen – jedenfalls nicht arbeitslos sind. Die

Die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) ist das sozialdemokratische Think Tank auf europäischer Ebene und hat ihren Sitz in Brüssel. Sie versteht sich als Plattform für neue Ideen, insbesondere was die Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprojekts zu einem fortschrittlichen und sozialeren Europa betrifft.

Die FEPS arbeitet eng mit der Sozialdemokratischen Partei Europas sowie den vielen nationalen sozial-

demokratischen Stiftungen und Denkwerkstätten zusammen. Das Karl-Renner-Institut ist daher aktives Mitglied der FEPS. Eines der gemeinsamen Forschungsprogramme ist „Next Left“, das u.a. das Ziel verfolgt, der wachsenden Anti-Europahaltung und Ausländerfeindlichkeit erfolgreich entgegenzutreten und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken.

einzelnen Gruppen werden aus Brüssel mit Materialien versorgt und es finden europaweit Aktionstage statt.

Vernetzung und Austausch

Die PES-Activists legen großen Wert auf die europaweite Vernetzung und den Austausch von Ideen. Deshalb werden regelmäßig Kongresse und Seminare veranstaltet, die abwechselnd in unterschiedlichen Ländern stattfinden. Der nächste Kongress (genauer gesagt das jährlich

stattfindende Council), die größte PES-Veranstaltung mit vielen EU-Abgeordneten und -KommissarInnen findet ganz in der Nähe in Prag statt. Als Festredner für den Kongress hat sich Bundeskanzler Christian Kern angesagt. Neben dem internationalen Flair sind die Kongresse auch thematisch immer am Puls der Zeit. Diesmal geht es um die digitalen Themen. Activists aus Oberösterreich werden gemeinsam mit dem Zug nach Prag fahren und am „Council“ teilnehmen.



SPARKASSE 
Oberösterreich
Was zählt, sind die Menschen.

NAHVERSORGER.

FÜR UNS ZÄHLEN DIE REGION UND DIE MENSCHEN, DIE AN MORGEN DENKEN.

Herbert Walzhofer
Vorstandsdirektor

Maximilian Pointner
Vorstandsdirektor

Dr. Michael Rockenschaub
Generaldirektor

Kehrtwende in Europa

Führende europäische Politiker fordern in unterschiedlicher Ausprägung eine Abkehr von der neoliberalen Ideologie. Selbst prominente Akteure genau dieser Politik, wie der IWF, haben ihr Scheitern erkannt.

KLAUS BAUMGARTNER UND GEORG HUBMANN

Bundeskanzler Christian Kern hat mit einem Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Nerv der Zeit getroffen, beobachtet man die nationalen und internationalen Reaktionen. Was politische Mitbewerber oft als rein ideologisch abtun, ist in Wahrheit nichts anderes als die Sorge um die politische Stabilität und der Versuch, evidenzbasierte Politik zu betreiben. In seinen Argumenten stellt Kern das Wohlergehen der Menschen über die kurzfristige Erreichung von willkürlich gewählten ökonomischen Zielgrößen. Gerade weil sich die EU-Kommission und der IWF in den Griechenland-Programmen sehr auf eine strenge Umsetzung und Einhaltung dieser Regeln berufen haben, erhält Kerns Aufforderung das zu ändern, große Aufmerksamkeit.

Ruf nach Kurswechsel

Mit seinem Ruf nach einem Kurswechsel steht der Kanzler bei Weitem nicht alleine da. Denn sowohl Italiens sozialdemokratischer Regierungschef Matteo Renzi als auch der christlich-soziale EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sehen die Austeritätspolitik als gescheitert an. Die Idee der Austerität und

ihre Versprechungen halten der Überprüfung in der Realität nicht Stand: Steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, eine weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich sowie eine stagnierende Wirtschaft und ein BIP unter dem Niveau vor der Krise sind die sichtbarsten Folgen. Alle diese Argumente sprechen für einen Paradigmenwechsel – und ein solcher kommt nicht unvorbereitet.

„New Deal“ notwendig

Viele renommierte Ökonomen kritisieren die Sparpolitik in Europa. Auch in den USA, wo man deutlich besser aus der Krise gekommen ist, wird der europäische Weg skeptisch gesehen. US-Wissenschaftler wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz kritisieren die Eurozone und stellen den Fiskalpakt und die Maasrichterkriterien in Frage. Stiglitz sagt, diese Regeln sollten nicht den Stellenwert der „Zehn Gebote vom Berg Sinai“ bekommen, und fordert damit die europäischen Finanzminister auf, die Scheuklappen abzulegen. Ein alternativer Weg zu den Defizitregeln, die Investition und Wachstum bremsen und damit die Krise weiter verschärfen, würde darin bestehen, die Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt zu

DIE AUTOREN:

Klaus Baumgartner und **Georg Hubmann** arbeiten am Marie Jahoda – Otto Bauer Institut. Das JBI ist Teil der europäischen Kampagne gegen die Austeritätspolitik: www.stopausterity.eu

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel erschien zuerst als Kommentar in der Wiener Zeitung.



rücken. Jene keynesianische Fiskalregel („High Employment Budget“) war bereits im Zuge des „New Deal“ von US-Präsident Franklin D. Roosevelt erfolgreich und würde auch heute den Regierungen neuen Spielraum ermöglichen, um Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

„Dies anzuerkennen und eigene Fehler einzugestehen, fällt schwer, gerade wenn man große Hoffnung in die Kürzungsprogramme gesetzt hat.“

Dies anzuerkennen und eigene Fehler einzugestehen, fällt schwer, gerade wenn man große Hoffnung in die Kürzungsprogramme gesetzt hat. Kanzler Kern nimmt die Fakten ernst und versucht auf politischer Ebene das anzustoßen, was viele ExpertInnen unlängst forderten. Ein Ende der Austeritätspolitik ist eine neue Zukunftsperspektive Europas, das sollte nicht mit ideologischer Halsstarrigkeit verwechselt werden.



Es ist Zeit für einen Kurswechsel!

Europa braucht mehr Investitionen

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bleibt zentrale Herausforderung in Europa. Aktuell sind rund 4,2 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos.

DENNIS TAMESBERGER

Jede/r vierte arbeitslose Jugendliche in Europa bleibt länger als 12 Monate ohne Beschäftigung. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist zum einen eine Folge der Krise, die von den Banken und Finanzmärkten ausgelöst wurde und zum anderen die Folge einer Wirtschaftspolitik, die sich primär auf Budgetdisziplin konzentriert und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu wenig Bedeutung einräumt.

„Arbeitslosigkeit verursacht Narben“

Die falsche Prioritätensetzung ist nicht nachvollziehbar, weil die weitreichenden Folgen von langanhaltender Jugendarbeitslosigkeit gut bekannt sind. Arbeitslosigkeitserfahrungen führen bei Jugendlichen zu sogenannten „Narben“, die im späteren Leben zu einer geringeren Lebenszufriedenheit, zu einem schlechteren Gesundheitszustand, geringeren Einkommenschancen und zu einem erhöhten Arbeitsloskeitsrisiko führen.

Jugendgarantie wirkt

Sehr spät und zögerlich wurde sich die EU-Kommission des Problems der Jugendarbeitslosigkeit bewusst. Im April 2013 – also im sechsten Jahr nach Ausbruch der Krise – wurde eine Jugendgarantie verabschiedet. Die Grundidee dabei ist, dass es für all jene Jugendliche, die keine Ausbildung oder Beschäftigung innerhalb von vier Monaten finden, eine öffentliche Alternative geben muss. Für den Zeitraum 2014 bis 2020 wurden Mittel in Höhe von 6,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Ein erster Zwischenbericht der EU-Kommission verweist auf die positive Wirkung. Seit Beginn der Initiative haben rund 14 Millionen Jugendliche an Programmen der Ausbildungsgaran-

tie teilgenommen. Als Konsequenz sank die Jugendarbeitslosigkeit um 1,4 Millionen Arbeitslose und die Anzahl jener jungen Menschen, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung oder Schulung sind (NEET), um 900.000 Personen.

Qualitätskriterien fehlen

Der Wermutstropfen dieser Erfolgsgeschichte liegt in der Qualität der Programme und Jobs. Gewerkschaften berichten, dass viele Programme sehr kurzfristige Jobs, unbezahlte Praktika und prekäre Beschäftigungsverhältnisse ohne Entwicklungsperspektiven beinhalten. In Griechenland und in den Niederlanden sind beispielsweise Jugendliche von Mindestlöhnen ausgenommen.

Investitionen notwendig

Zwischen 2017 und 2020 soll nun die Jugendgarantie fortgeführt werden. Dafür sind eine weitere Milliarde Euro der EU-Kommission und eine Milliarde vom Europäischen Sozialfond vorgese-

DER AUTOR:

Dennis Tamesberger

ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und Referent in der Arbeiterkammer OÖ.



Die hier geäußerte Meinung stellt die private Ansicht des Autors dar.

hen. Die Weiterführung ist auf jeden Fall zu begrüßen, allerdings erscheinen die angedachten Mittel viel zu knapp. Laut Arbeiterkammer bräuchte es für eine qualitative Umsetzung ein Investitionsvolumen von rund sechs Milliarden Euro, was einen großen finanziellen Aufwand bedeutet. Die Kosten des Nicht-Handels sind auf Dauer jedoch wesentlich höher. Eurofound beziffert den volkswirtschaftlichen Verlust durch die Jugendarbeitslosigkeit auf 1,53 Milliarden Euro pro Jahr.



Arbeitslosigkeit belastet junge Menschen schwer.

Erben statt Arbeiten?

Die Konzentration von Vermögen bei wenigen Reichen nimmt zu. Wichtige Gründe für die wachsende Ungleichheit sind Kapitaleinkommen und Erbschaften.

MIRIAM REHM UND MATTHIAS SCHNETZER

Die Vermögen in modernen Gesellschaften sind extrem ungleich verteilt – so lautet eine zentrale Erkenntnis von Thomas Piketty in „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Dies gilt in Europa in besonderem Maße für Österreich und Deutschland.

Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) 2010 enthält erstmals für die meisten Länder der Eurozone vergleichbare Daten zur Vermögensverteilung. Dank zusätzlicher sozioökonomischer Informationen ist es damit möglich, der von Piketty beschriebenen Konzentration von Vermögen „ein Gesicht zu geben“.

Vermögen konzentriert

Das reichste Prozent der Österreicher besitzt den HFCS-Daten zufolge etwa 23 Prozent am gesamten Privatvermögen. Tatsächlich ist der Anteil sogar noch deutlich höher. Das liegt daran, dass die Vermögen von Superreichen in dieser freiwilligen Erhebung nicht erfasst sind. Nach Schätzungen könnten sogar gut 40 Prozent des Vermögens beim reichsten Prozent konzentriert sein.

Zudem gibt es große Unterschiede in der Form, die Vermögen annimmt. Das Vermögen der unteren Hälfte der Verteilung besteht hauptsächlich aus Kraftfahrzeugen und Girokonten. Bei der „oberen Mitte“ gewinnt das Eigenheim deutlich an Bedeutung, zum Teil sind auch Aktien und Fonds vorhanden. Erst bei den „Reichen“, in diesem Fall den obersten fünf Prozent der Vermögensverteilung, sind Immobilien als Kapitalanlage sowie Unternehmensbeteiligungen sehr verbreitet. Diese Gruppe verfügt deutlich häufiger über Anleihen, Aktien, Fonds und risikoreiche Investments.

Reiche erben öfter

Während die große Mehrheit der Österreicher ihr Einkommen hauptsächlich aus Arbeit erzielt, ändert sich dies am oberen Rand der Verteilung. Das oberste Prozent der Vermögenden in Österreich bezieht etwa ein Drittel seines gesam-

ten Einkommens aus Kapitalanlagen. Die Vermögenseinkommen sind also sehr konzentriert und viel ungleicher verteilt als die Arbeitseinkommen.

Auch bei Erbschaften zeigen die Daten eine Schieflage. Je vermögender ein Haushalt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, in den Genuss einer Erbschaft zu gelangen. Unter den reichsten zehn Prozent der österreichischen Haushalte erben etwa 70 Prozent, unter den ärmsten zehn Prozent nur jeder zehnte Haushalt. Dabei steigt auch die Höhe der empfangenen Erbschaft. Bei den reichsten zehn Prozent beträgt eine durchschnittliche Erbschaft 300.000 Euro, bei den ärmsten zehn Prozent am anderen Ende der Verteilung etwa 20.000 Euro. Das ist ein Beleg für die starke dynastische Bedeutung von Erbschaften.

Piketty kommt in seinen empirischen Analysen zu einem ähnlichen Ergebnis. Eine zentrale Erkenntnis bei ihm lautet, dass es deutlich wahrscheinlicher sei, große Vermögen durch Erbschaften aufzubauen, als durch Arbeit. Diese Schlussfolgerung wird durch die neuen Daten gestützt.

DIE AUTORINNEN:

Miriam Rehm

ist Referentin für Verteilung und Makroökonomie in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik der Arbeiterkammer Wien.



Matthias Schnetzer

ist Referent für Verteilungsfragen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaften und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Lektor an der WU Wien.



Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag erschien in längerer Form als Böckler Impuls 05/2015 „Ungleichheit: Deutschland liegt vorn“ (www.boeckler.de/53399_53408).



Vermögen vermehrt sich schneller, je mehr man davon hat.

Menschen in Not als Sündenböcke

Die Konzentration auf die Flüchtlingskrise – medial und politisch – schafft eine eingeschränkte Perspektive, führt zur Polarisierung und ist letztendlich Teil der aktuellen Problemlage selbst.

JUDITH VORBACH UND DENNIS TAMESBERGER

Während sich die EU in einer politischen, wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Krise befand, kam es zur „Flüchtlingskrise“. Tausende Menschen in einer akuten Notsituation wurden zu „Sündenböcken“ für weiteren Sozialabbau.

Von neoliberaler Seite seit Jahrzehnten erhobene Forderungen nach Kürzung sozialstaatlicher Leistungen wurden nun mit „Flüchtlingsströmen“ begründet. Bei vielen Menschen entstand das Gefühl, dass ihre wirtschaftliche Situation von „anderen“ bedroht wird. Der Zulauf zu rechtsgerichteten Bewegungen war damit programmiert.

Kooperation notwendig

Gerade im Zuge der Flüchtlingskrise zeigt sich, wie wichtig eine gesamteuropäische Kooperation wäre. Die Lösungsansätze sind bekannt, nämlich legale Einreisekorridore, ein solidarischer Verteilungsmechanismus und gemeinsame Standards bei der Versorgung der AsylwerberInnen. Auch im Rahmen ihrer Außenpolitik ist die EU gefordert, sich für friedliche Lösungen, die Unterstützung von Aufnahmeländern und eine Beendigung von Waffenexporten einzusetzen.

Rahmenbedingungen sind entscheidend

Entscheidend für eine erfolgreiche Integration sind aber vor allem die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Notwendig ist ein Kurswechsel der europäischen Wirtschaftspolitik, sodass faire Verteilung und gute Arbeit zur höchsten politischen Priorität werden. Denn insgesamt führt eine Politik, die im Interesse der europäischen ArbeitnehmerInnen liegt, auch zu einer Entspannung der Lage von Menschen auf der Flucht.

Überfällig ist dazu unter anderem eine gemeinsame Investitionsoffensive zur Linderung der Wirtschaftskrise. Im Zuge der Migrationsbewegungen erhöht sich deren Dringlichkeit. Denn ein hoch-

qualitatives Angebot an öffentlichen Dienstleistungen ist eine zentrale Säule für ein funktionierendes Zusammenleben. Im integrationspolitischen Zusammenhang sind Investitionen in den (sozialen) Wohnbau, im Bereich der Förderung von Kindern sowie der beruflichen Qualifikation von Erwachsenen und Sprachkurse prioritär. Für eine rasche Arbeitsmarktintegration braucht das AMS ausreichend Ressourcen. Der Europäische Sozialfonds muss um mindestens zehn Milliarden Euro aufgestockt und entsprechend dem Engagement der Mitgliedsstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen verteilt werden. Darüber hinaus wird man nicht um die „goldene Investitionsregel“ herumkommen, wonach öffentliche Zukunftsinvestitionen nicht zu einer Verletzung der EU-Fiskalregeln führen dürfen.

Um den Sorgen entgegenzutreten, dass sich „wir“ oder „der Sozialstaat“ die Versorgung von Flüchtlingen nicht leisten können, ist ein Blick auf die extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung zu richten. Dann wird der Handlungsspielraum offensichtlich.

DIE AUTORINNEN:

Judith Vorbach

ist EU-Referentin der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der AK Oberösterreich, Schwerpunkte: allgemeine EU-Wirtschaftspolitik und Finanzmarkt.



Dennis Tamesberger

ist Referent für Arbeitsmarktpolitik der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich.



Anmerkung der Redaktion: Eine Langversion dieses Beitrages wurde in Wirtschaftspolitik – Standpunkte 2016 (2) veröffentlicht.



Faire Verteilung ist auch ohne Flüchtlingskrise ein Gebot der Stunde.

Jesiden: Leben zwischen Terror, Flucht und Hoffnung

Zu den vielen Opfern, die der Vormarsch der Terrororganisation ISIS im Mittleren Osten bisher forderte, gehören auch zehntausende Jesiden. Nadia Murad und Lamiya Bashar, zwei junge Jesidinnen, kämpfen für die oft vergessenen Opfer der verfolgten Minderheit. Ihr Engagement wird heuer mit dem Sacharow-Preis gewürdigt.

JOSEF WEIDENHOLZER

Tausende Ermordete, tausende versklavte Frauen, zwangsislamierte Kinder sowie hunderttausende Flüchtlinge und Vertriebene sind die schlimme Bilanz, des seit August 2014 von den Daesh-Terroristen betriebenen Genozid an den Jesiden. Hauptschauplatz dieser Kriegsverbrechen war vor allem das Sindschar Gebirge im Nordirak. Hierhin hatten sich zehntausende Jesiden zurückgezogen, als die kurdischen Peschmerga vor zwei Jahren die seit jeher von religiösen Minderheiten besiedelte Nineveh-Ebene fluchtartig dem IS überlassen hatten. Sie mussten aus der Luft versorgt werden, bis der PKK nahestehenden Volksverteidigungseinheiten den Korridor nach Syrien freikämpften.

Zwei Frauen, ein Martyrium

Auch das Dorf der beiden jungen Jesidinnen Nadia Murad (21) und Lamiya Bashar (19) wurde vom „Islamischen Staat“ überfallen. Alle männlichen Bewohner wurden massakriert, die Frauen und Kinder des Ortes gefangen genommen. Sämtliche junge Frauen, darunter auch Nadia und Lamiya wurden verschleppt, wiederholt verkauft und als Sexsklavinnen missbraucht. Doch sie überlebten das Martyrium. Im November 2014 gelang Nadia Murad die Flucht in ein Flüchtlingslager im Nordirak. Von dort ging es weiter nach Deutschland. Auch Lamiya unternahm mehrere Fluchtversuche und konnte schließlich im April mit der Hilfe ihrer Familie, die lokale Schmuggler bestochen hatte, ihren Peinigern entkommen. Auf ihrer Flucht wurde sie von IS-Kämpfern verfolgt. Zwei Menschen, die mit ihr flüchteten, wurden von einer Tretmine zerrissen. Obwohl auch Lamiya dabei schwer verletzt wurde, gelang es ihr zu entkommen. Schließlich wurde auch sie zur medizinischen Behandlung nach Deutschland gebracht, ist jedoch nahezu erblindet.

Beide Frauen engagieren sich seither in Aufklärungskampagnen, um auf das Schicksal der Jesiden aufmerksam zu machen. Sie sind Sprachrohr für all jene Frauen, die Opfer des systematischen Einsatzes von sexueller Gewalt durch den IS geworden sind. Nadia Murad wurde im September zur Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen für Menschenhandel ernannt, und Lamiya habe ich im Juli eingeladen, im Brüsseler Parlament von ihrem Schicksal zu erzählen. Die KollegInnen der Fraktions waren fassunglos. Für den Sacharow-Preis habe ich die beiden gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen und mich für ihre Ehrung eingesetzt, weil es ein Zeichen geben muss, dass ihr Kampf nicht vergeblich ist. Mit ihren Erzählungen liefern Nadia Murad und Lamiya Bashar wichtige Beweise für die Kriegsverbrechen des IS, denen immer noch so viele Menschen ausgesetzt sind.

DER AUTOR

Josef Weidenholzer ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen S&D-Fraktion.



Beweise für Kriegsverbrechen

Sindschar ist bis heute nicht vollständig befreit, mehr als 3.500 Menschen, die meisten davon Frauen und Kinder, befinden sich noch immer in Gefangenschaft der Dschihadisten. Zwar konnten im November des Vorjahres die IS-Truppen nach intensiven Kämpfen mit Hilfe jesidischer und kurdischer Streitkräfte und mit westlicher Luftunterstützung zurückgedrängt werden, doch die Gefahr ist allgegenwärtig. Das spürte ich auch bei meinem Besuch im Sommer nach



MEP Josef Weidenholzer bei einem Besuch in einem Flüchtlingslager in Griechenland.

der Befreiung. Schwer bewacht bahnten wir uns unseren Weg durch die Berge, sahen die Spuren der Verwüstung und die Massengräber. Notdürftig umzäunt, um die Hunde daran zu hindern, sich über menschliche Knochen herzumachen. 24 solcher Gräber wurden bisher entdeckt, doppelt so viele werden vermutet. Noch immer warten die Zuständigen auf die internationale Gemeinschaft, um unter deren Aufsicht die Toten zu exhumieren und Beweismittel für ein künftiges Kriegsverbrechertribunal zu sammeln. Denn für einen Neuanfang braucht es einen Schlussstrich. Die Verbrecher müssen vor ein unabhängiges Gericht gestellt werden. Im Frieden braucht es demokratische Institutionen, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit.

Eigentlich sollten schon jetzt Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Jesiden und Christen wieder gesichert in ihren angestammten Gebieten leben können. Die Errichtung von Schutz-zonen in den betroffenen Gebieten und humanitäre Hilfe für den Wiederaufbau ist dringend notwendig. Dafür scheinen

WER SIND DIE JESIDEN

Jesiden sind eine religiöse Minderheit, die im Nordirak, Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei lebt. Immer wieder war das Volk mit seiner 4000 Jahre alten Religion der Verfolgung ausgesetzt. Viele ihrer Traditionen leiten sich aus dem Christentum und dem Islam ab. Im Zentrum der mystischen Religion stehen der Schöpfer Yasdan und Melek Taus („Engel Pfau“), der den Willen Gottes ausführt. Von den Dschihadisten werden die Jesiden, als Teufelsanbeter denunziert und verfolgt.

sich bisher nur wenige zu interessieren. Damit die Jesiden wieder eine Zukunft im Irak haben, braucht es Garantien für eine autonome Entwicklung: seitens des Iraks, der kurdischen Regionalregierung und der internationalen Gemeinschaft. Europa könnte hier von großem Nutzen sein: beim Aufbau demokratischer Strukturen und einer unabhängigen Justiz. Vor allem aber dürfen wir nicht die tausend-

DER SACHAROW-PREIS

Der Sacharow-Preis ist der wichtigste Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments. Er wird seit 1988 jährlich an Menschen oder Organisationen vergeben, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen, und ist mit einem Preisgeld von 50.000 Euro dotiert. Die diesjährigen Preisträgerinnen sind die jesidischen Aktivistinnen Nadia Murad und Lamiya Bashar. Die offizielle Preisverleihung findet im Dezember in Straßburg statt.

den traumatisierten Jesidinnen vergessen und müssen gerade ihnen in Europa die Hilfe bieten, die sie benötigen. Um diese Pläne voranzutreiben, habe ich gemeinsam mit den Sacharow-Preisträgerinnen und vier weiteren Abgeordneten im Oktober die jesidische Freundschaftsgruppe im Europaparlament gegründet, eine Initiative die der zu oft vergessenen jesidischen Minderheit auch zu politischer Aufmerksamkeit verhelfen soll.

Da für ganz Österreich.

ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen,
genauso wie Jugendliche, SchülerInnen,
Lehrlinge und StudentInnen -
die SPARDA-BANK ist für uns alle da.



SPARDA BANK

www.sparda.at

DA FÜR DICH.

Eine Kampagne, 100 Organisationen, 20 Länder – www.stopausterity.eu

Europaweites Bündnis gegen Austeritätspolitik



Im September jährte sich der Ausbruch der globalen Wirtschaftskrise zum siebenten Mal. Volkswirtschaftliche Parameter zeigen: Sie ist nicht überwunden. Die Krise wurde falsch

therapiert. Die Symptome haben sich verschlechtert – es wird Zeit für einen Wechsel von Therapie und TherapeutInnen.

Um Alternativen aufzuzeigen und breit zu diskutieren, haben sich in der Kampagne #StopAusterity ExpertInnen, PolitikerInnen, AktivistInnen aus über 100 Organisationen in 20 Ländern zusammengeschlossen und am internationalen Tag gegen die Sparpolitik europaweit Aktionen durchgeführt. Das Ziel ist die engen Gürtel zu lockern und klug sowie nachhaltig zu investieren, um den über 100 Millionen armutsgefährdeten Europäerinnen und Europäern wieder die notwendige Luft zum Atmen in Europa zu verschaffen.

Hintergründe zur Entstehung der Krise und Lösungswege sind auf www.understandingthecrisis.eu und www.solvingthecrisis.eu aufbereitet. Beide Seiten sind auf Englisch, Griechisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch abrufbar.

Renner Institut OÖ/Wirtschaftsverband/Plattform gegen TTIP

Wearfair in der Tabakfabrik

Auch im Jahr 2016 hatte das Renner Institut wieder einen Stand bei der wearfair, der Messe für nachhaltigen Lebensstil in der Tabakfabrik. AusstellerInnen aus dem In- und Ausland präsentierten Ende September die Vielfalt und Alltagstauglichkeit von alternativen Lebensweisen und -stilen. Da schien es nur sinnvoll, die über 13.000 BesucherInnen der wearfair auch über die (demokratie)politischen Konsequenzen der Freihandelsabkommen CETA und TTIP zu informieren.

Bespielt wurde der Renner Institut Stand von der „Plattform gegen TTIP“ und dem sozialdemokratischen Wirtschaftsverband. Das Publikum zeigte großes Interesse an den Für und Wider der Freihandelsabkommen. Optisch untermauert wurde dies mit einer Fotobox, die Person und Inhalt auf ein Bild bannte, das sich die BesucherIn mit nach Hause nehmen konnte. SPÖ Vorsitzende Landesrätin Birgit Gerstorfer begrüßte bei der Eröffnung der wearfair und besuchte natürlich auch den Stand des Renner Institutes.



Die Präsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Doris Margreiter, Stefan Moser von der Plattform gegen TTIP, Landesrätin Birgit Gerstorfer, Renner Institut Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller und der Geschäftsführer des SWV Helmut Mitter an ihrem wearfair-Stand.

GemeindevertreterInnenverband Oberösterreich

Gewusst wie! – Mit den GVV OÖ Seminaren immer am neuesten Stand.

Um in der Kommunalpolitik erfolgreich zu sein, ist es wichtig sein Handwerk zu können und sich stetig weiterzubilden. Um diesem Bildungsanspruch auch gerecht zu werden, ist das Angebot an Schulungen und Seminaren des GVV Oberösterreich im Bereich der kommunalpolitischen Arbeit auch in diesem Herbst wieder breit gefächert. Neben wichtigen Infos zu den Themen Bau- und Raumordnung sind auch wieder Schulungen und Seminare zum Gemeindehaushalt sowie dem Prüfungsausschuss wieder im Bildungsangebot enthalten.

Anhand fundierter Referate unserer Fachvortragenden wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein kompaktes Basiswissen in den jeweiligen Fachbereichen vermittelt. Dieses Wissen kann in weiterer Folge durch detailliertes Behandeln einzelner Fallbeispiele auch sogleich praktisch geübt werden.

Genaue Infos zum Schulungen und Seminaren erfährst du jederzeit im GVV Sekretariat unter 05/77 26 11 – 40 oder unter manuel.kreuzer@spoe.at.

SPÖ Landesfrauenorganisation OÖ

Mehr Frauen – weil es nicht egal ist, wer Politik macht!



LABg. Sabine Promberger, Bundesfrauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek, LRin Birgit Gerstorfer, LGFin Bettina Stadlbauer, Bgm.in Kerstin Suchan-Mayr (St.Valentin) und Mag.a Dr.in Alexandra Weiss.

Eine Vernetzungsinitiative starten die SP Frauen OÖ: „Es ist Zeit, Frauenpolitik neu zu denken, Zeit für Unterstützung, Zeit für Mitbestimmung, Zeit für Weiterbildung. Und es ist vor allem Zeit für mehr Frauen in der Politik, weil alle gesellschaftspolitisch relevanten Themen auch Frauenthemen sind!“, betonen Landespartei-vorsitzende LRin Birgit Gerstorfer und Landesfrauenvorsitzende LABg. Sabine Promberger.

Weil es nicht egal ist, wer Politik macht und die SP-Gemeindepolitik noch erfolgreicher wird, wenn der Frauenanteil in den Gemeinderäten dem der Bevölkerung entspricht, arbeiten die SP Frauen dabei mit dem GVV OÖ und dem Renner-Institut OÖ zusammen.

Den Auftakt dazu bildete eine gemeinsame Veranstaltung, zu der vorkurzem rund 100 interessierte Frauen und vereinzelte Männer ins CENTRAL Linz kamen. Frauen-LRin Birgit Gerstorfer und Landesfrauenvorsitzende LABg. Sabine Promberger wollen mehr Frauen für eine aktive Mitarbeit in der Gemeindepolitik gewinnen, aktive Gemeinderätinnen noch besser unterstützen und bei der Vernetzung helfen.

SPÖ OÖ

Neue Wege – Design Thinking

Neue Wege gehen die BezirksgeschäftsführerInnen der SPÖ Oberösterreich. Um den geänderten Rahmenbedingungen für ihre Arbeit Rechnung zu tragen, beschäftigten sie sich Mitte November mit den künftigen Funktionen einer Bezirksgeschäftsstelle.

Die Entwicklung der zur Verfügung stehenden Ressourcen in den Bezirken verlangt eine Veränderungen in Arbeits- und Organisationsabläufen. Diese Entwicklungen werden von den Angestellten in den Bezirken aktiv mitgestaltet. Im Design-Thinking Workshop wurden dafür die ersten Weichen gestellt, die im kommenden Jahr ausformuliert und konkretisiert werden.



Analysieren, recherchieren, neu-denken – die Energie beim Design Thinking-Workshop war förmlich im Raum zu spüren.

Renner Institut OÖ/GVV

Lehrling der SPÖ OÖ

Erstmals wird im Bereich Bildung und Gemeinden der SPÖ Oberösterreich ein Lehrling zur Bürokauffrau ausgebildet.

Lara Farkashazy ist seit Mitte September als Lehrling der SPÖ OÖ tätig. Die junge Linzerin, die im Jänner 16 Jahre alt wird, verbringt ihre freie Zeit mit Freunden und der Familie und beschäftigt sich gern mit Kunst, besonders dem Malen. Lara joggt aber auch gern, um körperlich aktiv zu sein und den Kopf frei zu bekommen. Wir wünschen Lara eine wertvolle und bereichernde Zeit als Lehrling!



Lara Farkashazy (rechts) ist der neue Lehrling in der Landesorganisation SPÖ OÖ. Ihr Schwerpunktbereich liegt in der Abteilung Bildung, wo sie von Alexandra Kneidinger (links) und Annemarie Obermüller (Mitte) in das Arbeitsleben und –lernen begleitet wird.

Karl Renner Institut OÖ/GVV

Die Kommunalakademie 6 ist gestartet

Im September wurde nun der bereits sechste Durchgang der OÖ Kommunalakademie gestartet. Der Lehrgang wendet sich an kommunale Führungskräfte und unterstützt sie auf vielfältige Art und Weise. So erhalten sie in dieser sechsmoduligen Ausbildung das Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von Politik. Neben Managementfähigkeiten geht es natürlich auch um spezifische sozialdemokratische Orientierung, die auf kommunaler Ebene erlebbar und erkennbar sein soll. Und: Der Lehrgang verlangt den TeilnehmerInnen einiges an Engagement und Eigeninitiative ab – sei es in den Peergruppen, sei es mit schriftlichen Reflexions- und Abschlussarbeiten.

Der erste Baustein hatte den Titel „Führung und Teamentwicklung“ und wurde von Kuno Sohm geleitet. Zum Kamingespräch war Renner Institut Landesstellenleiterin Annemarie Obermüller eingeladen, die nicht nur zu den Angeboten des Renner Institutes OÖ sondern vielmehr zu demokratie- und gesellschaftspolitischen Themen befragt wurde.

Beim Modul 2, das sich mit dem Schwerpunkt „Kommunalpolitik erfolgreich gestalten“ befasste, stand die neue SPÖ Landesgeschäftsführerin Bettina Stadlbauer für ein bereicherndes Kamingespräch zur Verfügung.



Die TeilnehmerInnen der OÖ Kommunalakademie 6:

1. Reihe von links nach rechts: Christin Meingassner (Eberschwang), Anna Wimmer (Hartkirchen), Ursula Eder (Bad Wimsbach), Anita Raab (Ampflwang)

2. Reihe von links nach rechts: Sandra Huber (Ebensee), Roland Mayrhofer (Altschwendt), Jakob Knoll (Vöcklamarkt), Sabine Neu (Ternberg), Johannes Fisecker (Sierning), Stefan Göbl (Grein), Petra Mairinger (St. Florian/I)

3. Reihe von links nach rechts: Patrick Geier (Pfaffing), Michael Humer (Hartkirchen), Manuel Stolz (Steinbach a.d.St.), Peter Breitenauer (Kirchberg-Thening)



www.spooe.at

Mit Mut und Optimismus

an die **Arbeit**

Birgit Gerstorfer

